

## **Antwort**

**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Narjes, Dr. Marx, Abelein, Kunz (Berlin), Kittelmann, Breidbach, Dr. Hüsch, Lenzer, Dr. Köhler (Wolfsburg), Dr. Stercken, Dr. von Geldern, Dr. Hoffacker, Baron von Wrangel, Niegel und der Fraktion der CDU/CSU**  
**– Drucksache 8/1649 –**

### **Außenwirtschaftsprobleme der DDR**

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat mit Schreiben vom 13. April 1978 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Teilt die Bundesregierung die von wissenschaftlicher Seite geäußerte Vermutung, daß die Westgeldeinnahmen der DDR außerhalb des innerdeutschen Handels jährlich bereits die Milliarden Grenze überschritten haben?

Die Bundesregierung verfügt auf Grund eigener Ermittlungen nicht über konkrete Zahlenangaben oder verlässliche Schätzungen über den Gesamtumfang der DM-Einnahmen der DDR außerhalb des innerdeutschen Handels.

2. Wie setzen sich diese Einnahmen zusammen, insbesondere soweit sie nicht aus öffentlichen Haushaltsmitteln der Bundesrepublik Deutschland, Transitgebühren oder Zwangsumtauschmaßnahmen herrühren?

Insbesondere:  
unentgeltlicher Kapitalverkehr,  
Einnahmen aus kommerziellen Dienstleistungen,  
Erträge aus Handelsunternehmen, Beteiligungen u. ä.

Ebensowenig wie die Höhe ist die Zusammensetzung dieser DM-Einnahmen in allen Positionen zu beziffern; auf die Einzelangaben in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wohlrabe, Dr. Sprung, Dr. Jenninger, Dr. Häfele und der Fraktion der CDU/CSU (Drucksache 8/1554 vom 23. Februar 1978) wird hingewiesen.

Zu den gestellten Einzelfragen ist folgendes zu bemerken:

- Mit der Frage nach dem unentgeltlichen Kapitalverkehr sind offenbar Zuwendungen von DM an DDR-Bewohner gemeint. Über die Höhe der Mitnahme von DM im Reiseverkehr liegen keine Zahlen vor. An den Genex-Geschenkdienst wurden 1977 rd. 125 Mio DM gezahlt.
- Einnahmen aus kommerziellen Dienstleistungen werden nur im Rahmen des innerdeutschen Handels verbucht, und zwar über das Verrechnungskonto U 3. Sie erscheinen in den veröffentlichten Zahlen des innerdeutschen Handels und betrugen im Jahre 1977 257 Mio Verrechnungseinheiten.
- Erträge aus Handelsunternehmen und Beteiligungen der DDR im Bundesgebiet und in Berlin (West) sind nicht bekannt.

3. Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung der Westgeldeinnahmen?

Die weitere Entwicklung der DM-Einnahmen der DDR hängt wesentlich davon ab, wie sich der innerdeutsche Reiseverkehr entwickelt, ob die DDR die Versorgung ihrer Bevölkerung über Intershop weiter ausbaut oder etwa einschränkt und welche Zahlungen im Zusammenhang mit dem Transitverkehr von und nach Berlin (West) anfallen.

4. Trifft es zu, daß innerhalb der RGW die DDR das größte Handelsdefizit gegenüber der UdSSR aufweist?  
Wie hoch beläuft sich dieses Defizit Ende 1977?  
Wie beurteilt die Bundesregierung die sich daraus ergebende Abhängigkeit?
5. Hält die Bundesregierung es für zutreffend, daß die Sowjetunion der DDR zur Abdeckung dieses Defizites bereits seit einiger Zeit indirekte Entlastung gewährt, etwa durch Berechnung eines geringeren Rohölpreises als gegenüber Ungarn oder der CSSR oder durch besondere Preiskonzessionen an die DDR für die von ihr gelieferten Fertigwaren?
6. Ist die Bundesregierung generell der Ansicht, daß die Exportpreise der DDR für Lieferungen an die Sowjetunion dem Weltmarktniveau entsprechen?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die sich aus den RGW-Programmen zur Spezialisierung und Kooperation ergebenden Strukturveränderungen in den Volkswirtschaften der Mitgliedstaaten des RGW und der Sowjetunion auf der anderen Seite:
- a) unter dem Gesichtspunkt ihrer wachsenden politischen Abhängigkeit,
  - b) unter dem Gesichtspunkt der Verringerung ihrer Exportfähigkeit in den „wegspezialisierten“ Produktionsbereichen?
- Ist es vorstellbar, daß die Verringerung der Exportfähigkeit und die Vergrößerung der Abhängigkeit von der Sowjetunion die internationale Kreditwürdigkeit der DDR und dem entsprechend auch anderer Volkswirtschaften des Ostblocks Schaden leidet?

Die Bundesregierung hält es nicht für angebracht, sich öffentlich zu Fragen des bilateralen Verhältnisses zwischen anderen Staaten zu äußern. Die in den Fragen 4. bis 7. aufgeworfenen Probleme sind Gegenstand der wissenschaftlichen Diskussion; es liegt dazu auch eine Reihe von wissenschaftlichen Veröffentlichungen vor.